



Rückschritt bei Bahntariferhöhungen

Der Verband öffentlicher Verkehr (VöV) und der Preisüberwacher haben sich heute bezüglich der Tarife im öffentlichen Verkehr geeinigt. Anstatt der vorgesehenen 5,6 Prozent steigen die Bahnpreise nur um durchschnittlich 5,2 Prozent. economisesuisse bedauert, dass bei der stärkeren Beteiligung der Nutzer an den ÖV-Kosten zurückgekehrt wird.

Die Leistungen des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz sind ausgezeichnet. Das ÖV-Angebot wird in der Schweiz entsprechend intensiv genutzt. Dieses Angebot hat aber auch seinen Preis. Bund, Kantone und Gemeinden alleine bezahlen pro Jahr über 8 Milliarden Franken. Weil die Nutzer des ÖV-Angebots jedoch nach wie vor zu wenig bezahlen, hat der Bundesrat 2011 deshalb richtigerweise beschlossen, die Nutzer des Schienennetzes stärker an dessen Kosten zu beteiligen. Mit der Erhöhung der Trassenpreise um 200 Millionen Franken pro Jahr wurde ein Schritt zu mehr Kostenwahrheit getan. Denn die Verkehrsunternehmen werden diese Mehrkosten weitgehend an die Nutzer weitergeben.

Die heute kommunizierte Einigung zwischen dem VöV und dem Preisüberwacher, die eine Reduktion der ursprünglich vom VöV kommunizierten Tariferhöhungen enthält, setzt ein falsches Signal an die ÖV-Nutzer. Es wird Zeit, dass die Bahnreisenden sich stärker bewusst werden, dass sie die teuren Infrastrukturen viel zu günstig in Anspruch nehmen. Insbesondere die Besitzer von Halbtax- und Generalabonnement sind nicht kostendeckend auf dem Schweizer Schienennetz unterwegs.

Wenn man bedenkt, dass die Eigenwirtschaftlichkeit der Bahn lediglich bei knapp 50 Prozent liegt, ist die durch die Einigung erzielte «Entlastung» der Bahnbenutzer in der Höhe von 35 Millionen Franken ein Schritt in die falsche

Richtung. Von einer «Entlastung» kann so oder so keine Rede sein, denn am Ende kommen die Steuerzahlenden für die fehlenden Einnahmen auf. Durch die Fixierung der Preise auf mindestens zwei Jahre wird den Verkehrsunternehmen zudem verunmöglicht, ihre Preispläne flexibel der Nachfrage anzupassen.

Hingegen begrüsst *economiesuisse* die Pläne für ein Alternativ-Generalabonnement, um die Nebenverkehrszeiten besser auszulasten. Damit werden Kapazitätsengpässe entschärft, indem Angebot und Nachfrage besser aufeinander abgestimmt werden. Ein stärker am Markt orientiertes Preissystem hilft zudem, die Preise entlang der Zahlungsbereitschaft der ÖV-Benutzer auszugestalten. Allerdings muss sich der Preis für ein solches Alternativ-GA an den wahren Kosten orientieren. Die Eigenwirtschaftlichkeit der Bahn darf damit keinesfalls noch geringer ausfallen als heute. Im Klartext: Der Preis des normalen GA muss erhöht werden und mit dem Alternativ-GA darf nicht ein weiteres, hochsubventioniertes Angebot für Bahnkunden entstehen.